dienst des Instituts für Zeitgeschichte, München (Nr. 38 vom 30. 8. 83). In Kenntnis und unter Bezugnahme auf die Synopse des Bundesarchivs von 1974 stellte er die offensichtlich nicht rhetorisch gemeinte Frage: „Waren es rund Einhunderttausend (Minimalzahl), Zweihunderttausend oder gar Zweihundertfünfzigtausend (Maximalzahl) Deutsche aus Ost-Mitteleuropa, die — im Rahmen des Gesamtverlustes von annähernd zwei Millionen Menschen — Opfer vorsätzlicher, verfahrensloser und mithin verbrecherischer Tötungsaktionen geworden sind?“

Die Zahlen — in der Synopse natürlich nicht einmal annähernd enthalten — sind als Konsequenz des Begriffes erklärbar: Nur „verfahrenslose“ Vorgänge führen zu Verbrechensopfern. Welches Verfahren erforderlich ist, um die Tötungsaktion aus der Ebene des Verbrechens auf die einer unverbrecherischen — etwa — „Panne“ zu heben, bleibt bei Broszat offen. Damit wird einerseits fast jede Zahl von Vertreibungsoffern beweisbar. Die Konsequenzen aus Broszats Formulierung werden jedoch unübersehbar, wenn man etwas anderes bedenkt: Bisher wurden doch z. B. die NS-Tötungsaktionen gegen die Juden im Zweiten Weltkrieg auch — und gerade deswegen — als Verbrechen angesehen, weil sie mit relativ klaren organisatorischen und technischen Verfahren operierten. Broszat hat zwar nur den Verbrechensbegriff zu manipulieren versucht, sicherlich ungewollt jedoch einen Beitrag geleistet, um Eichmann und Höß zu exkulpieren. Bei Ahrens (1983, 2. Auflage 1984) findet man keine Anmerkung dazu.

Ahrens „Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung“ ist trotzdem dankenswert. Die Deutschenvertreibung aus Ostmittel- und Südosteuropa nach 1944 ist eben der zahlenmäßig größte derartige Vorgang in der bisherigen Weltgeschichte. Es kann gar nicht genug Autoren und Ansätze geben, um das Wissen eines derartigen Vorgangs zu erhalten, seine Aspekte aufzuzeigen und die Konsequenzen darzulegen. Derartige Bemühungen schaffen und bearbeiten nämlich jenes Erfahrungsgut von Millionen zerstörter Leben, Werke und Träume, aus denen ein großer Historiker der Zukunft die ganze Geschichte der Deutschenvertreibung schreiben wird. Sachlich-verständnisvolle Kritik hat die Autoren unserer Zeit zu begleiten, damit sie an ihrer wichtigen Aufgabe nicht müde werden und aus der Vergangenheit alles bewahren, dessen die Zukunft bedarf.

Grafing

Fritz Peter Habel

Janics, Kálman: Czechoslovak Policy and the Hungarian Minority 1945—1948. With an Introduction by Gyula Illyés. An English Version Adapted from the Hungarian by Stephan Borsody.

Social science Monographs. Columbia Univ. Press, New York 1982, 241 S. (War and Society in East Central Europe: The Effects of World War II, 9).

Es ist schon eine erstaunliche Tatsache, daß aus der Feder slowakischer Autoren zwar eine ganze Reihe voluminöser Darstellungen vorliegt, in denen die ungarische Verwaltungspraxis in den durch den Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. Novem-

ber 1938 zurückgegliederten Distrikten ausführlich behandelt wird¹ — aber praktisch keine Monographie, die sich mit der Verfolgung und Verdrängung der ungarischen Minderheit in der wiedererstandenen ČSR zwischen 1945 und 1948 auseinandersetzt. Nur Juraj Zvara legte 1965 eine kleine Studie auf Ungarisch² vor, in der er die Nachkriegs-„Lösung“ der magyarischen Frage als „Fehler“ bezeichnete, die ergriffenen Maßnahmen insgesamt aber mit „gerechtfertigtem Selbstverteidigungs-Nationalismus“ der Slowaken entschuldigte. In einer marxistisch-dialektisch geschliffenen, überaus scharfen Kritik warf Maria Lavová daraufhin dem Verf. vor, aus „politischem Opportunismus“ ein „Pamphlet“ verfaßt zu haben; wenn man schon von „Nationalismus auf slowakischer Seite spricht, dann war es ein defensiver Nationalismus, der nur eine Reaktion auf einen extremen ungarischen Chauvinismus darstellte“³.

Dieser slowakisch-ungarische Konflikt ist eine Spätfolge der uneinsichtigen Budapest Nationalitätenpolitik seit dem Ausgleich von 1867 und der Entscheidung der Alliierten auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/20, 62 937 km² Vorkriegs-ungarns mit 3,517 Mill. Einwohnern der ČSR zuzuteilen. Nach dem Zensus von 1910 waren davon 1,063 Mill. Ungarn betroffen, von denen 894 000 in der Slowakei und rd. 170 000 in Karpatorußland lebten. In dem von Reichsaußenminister Ribbentrop und seinem italienischen Kollegen Ciano vorgenommenen Ersten Wiener Schiedsspruch waren Ungarn 12 009 km² mit 1,041 Mill. Bewohnern, von denen sich nach dem Zensus von 1930 noch 592 000 zum Ungarntum bekannt hatten, zurückgegliedert worden. Eine harsche magyarische Verwaltungspraxis in der Südslowakei hatte zu starken Spannungen zwischen dem Horthy-Regime und dem deutschen „Schutzstaat“ Slowakei geführt, die mehrfach zu Grenzverletzungen und scharfen Protestnoten Anlaß gaben. Trotz aller Drangsalierung und Diskriminierung konnte sich die rd. 420 000 Menschen zählende slowakische Minderheit in Ungarn während der Kriegsjahre insgesamt gut behaupten. Da es Präsident Beneš im Exil verstanden hatte, die ČSR als das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression und Expansion zu präsentieren, konnte ab 1941 damit gerechnet werden, daß nach der Niederlage Hitler-Deutschlands die Tschechoslowakei in ihren Vorkriegsgrenzen restituiert und somit auch die an Ungarn verlorenen Gebiete zurückgegliedert würden.

Der 1912 geborene Arzt und Soziologe Kálman Janics, Augenzeuge und Betroffener der nach 1945 massiv einsetzenden Maßnahmen zur Verdrängung, ja zur Vertreibung der magyarischen Minderheit aus der ČSR, hat sich mit dem Aufgreifen dieses bis heute verdrängten Themenkomplexes keine Freunde erworben. Nach der Veröffentlichung seines Berichts „Die heimatlosen Jahre“ auf Ungarisch in München wurde ihm 1978 die Ausübung seines Arztberufs untersagt. Die hier anzuzeigende englische „Übersetzung“ ist eigentlich eine von St. Borsody vorgenommene Bearbeitung der ursprünglichen Vorlage, „a radical operation“

¹ L. Tilkovszky, S. Cambel, M. Vietor, J. Purgat u. a.

² Z v a r a, Juraj: A magyar nemzetiségi kérdés megoldása Szlovákiában [Die Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage in der Slowakei]. Preßburg 1965.

³ In: Historický časopis 15/2 (1967) 301—305.

mit „not merely stylistic changes but a rewriting and rearrangement on a scale which resulted in a book with its own character“. Wieviel dabei vom ursprünglichen Anliegen des Verf. erhalten geblieben ist, geht aus der Neufassung nur an wenigen Stellen — so in den Kap. 4 und 5 über die Potsdamer und die Pariser Friedenskonferenz — hervor, die durch umfangreiche Materialien ergänzt wurden, zu denen Janics keinen Zugang hatte. Gyula Illyés, der große alte Mann der ungarischen Literatur, hat dem Band eine einfühlsame, vom Eigenerleben geprägte Einführung in die Minderheitenproblematik vorangestellt.

Unbeschadet der Unklarheiten über Janics' und Borsodys Beitrag besticht das Buch durch seine Redlichkeit und das spürbare Bemühen, bei aller Betroffenheit über das gesetzlose Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Da der Verf. in der ČSSR nur auf publiziertes Material, vor allem auf zeitgenössische Presseberichte, zurückgreifen konnte, erscheinen einige wenige Aussagen unzureichend belegt oder fragwürdig. Der Aufbau der Untersuchung aber, die geschickte Einteilung und die gute Materialaufteilung überzeugen ebenso wie die abgewogenen Urteile und die stets nachvollziehbaren Schlußfolgerungen.

Janics schildert zuerst die Lage auf beiden Seiten der willkürlich gezogenen Grenze von 1938 während des Zweiten Weltkrieges, um den Haß und das Vergeltungsgedanken bei Slowaken und Tschechen nach 1945 zu erklären. Danach zeigt er auf, mit welcher Entschlossenheit Beneš und die Exilregierung bereits vor der Kriegswende von Stalingrad mit der Austreibung der Sudetendeutschen auch den Zwangstransfer der magyarischen Minderheit ins Mutterland propagierten — Sicherheitsmaßnahmen angeblich, die der Präsident in seinen Kriegsmemoiren eingehend begründete⁴. Die im Dezember 1943 eingeholte Billigung Stalins und die im März 1944 erfolgte deutsche Besetzung Ungarns erleichterten es Beneš, auch die Westalliierten von der Notwendigkeit dieser Vertreibungsmaßnahme zu überzeugen — ohne die britische und die amerikanische Regierung aber bis Kriegsende zu einer vorbehaltlosen Zustimmung veranlassen zu können. Dem alliierten Veto fiel dann auch die sowjetische Initiative zum Opfer, im Waffenstillstandsvertrag die ungarische Provisorische Regierung zur Aufnahme der aus der ČSR abzuschiebenden Magyaren zu zwingen. Daraufhin wurden die — selbst von der KPTsch vorbehaltlos unterstützten — Pläne, einen Bevölkerungsaustausch zwischen den in Ungarn siedelnden Slowaken und den aus der Südslowakei auszuweisenden Magyaren zu arrangieren, energisch vorangetrieben. Weder die am Untergrundkampf beteiligten Magyaren noch die ungarischen Heimatkommunisten waren über die von der Kremlführung unterstützten Abschiebungs- bzw. Umsiedlungspläne unterrichtet worden.

Trotz einiger Übergriffe gegen „exponierte“ Magyaren verlief die Besetzung und der Aufbau der tschechoslowakischen Zivilverwaltung im Frühjahr 1945 in der Südslowakei unerwartet friedlich, obschon im Kaschauer Programm vom 5. April die gesamte ungarische Minderheit des Verrats beschuldigt und ihr die

⁴ Beneš, Edvard: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947, 330.

Staatsangehörigkeit entzogen worden war (Abschnitt 8). Am 9. Mai 1945 proklamierte Präsident Beneš, daß „die überwältigende Mehrheit der Deutschen und Ungarn unser Land verlassen muß“. Danach setzte eine sich steigernde Einschüchterungs- und Verdrängungspolitik mit dem Ziel ein, die Magyaren zur „freiwilligen“ Abwanderung oder zum Wechsel der Volkszugehörigkeit zu veranlassen. Darüber hinaus wurde der geplante Bevölkerungsaustausch weiter vorbereitet und versucht, auf der Friedenskonferenz die Zustimmung zur Abschiebung weiterer 200 000 Magyaren zu erhalten. Der in der ČSR verbleibende Rest hätte sich einer Zwangsassimilierung dann kaum noch widersetzen können. — Es ist das große Verdienst des Verf., gerade diese schwierige Phase sachlich und weitgehend frei von Emotionen geschildert und die wachsenden Spannungen zwischen den kommunistischen Parteiführungen offengelegt zu haben.

Während im November 1945 rd. 12 000 ungarische Arbeitskräfte in die menschenleeren Sudetengebiete verbracht wurden, denen später weitere 44 000 folgten, kamen die beiden betroffenen Regierungen am 27. Februar 1946 in Budapest überein, im geregelten Austausch jeweils 100 000 Menschen aufzunehmen. Da sich aber nur rd. 60 000 der in Ungarn lebenden Slowaken bereit erklärten, sich in der Südslowakei neu anzusiedeln, und da die Friedenskonferenz die Abschiebung von 200 000 Magyaren untersagte, konnte eine wesentliche Reduzierung der in der ČSR lebenden Ungarn legal nicht erreicht werden. Deshalb wurden die Maßnahmen verschärft, um mißliebige Ungarn zur Flucht zu zwingen, die Intellektuellen und die Träger der Volkstumsarbeit als „Kriegsverbrecher“ zu denunzieren und mit der Wiederaufnahme der Deportationen in das Sudetengebiet vor allem die wohlhabenden Bauern, auf deren aufgeteilte Höfe jetzt Slowaken kamen, als Oppositionsgruppe auszuschalten. Die Volksgerichtshöfe taten ein Übriges, um mit harten Urteilen gegen 4812 Magyaren unter der ungarischen Minderheit Schrecken zu verbreiten.

Mit der kommunistischen Machtübernahme am 25. Februar 1948 wurden die — zuvor auch von den Kommunisten uneingeschränkt mitgetragenen — öffentlichen Verfolgungsmaßnahmen eingestellt und mit der Zeit auch die gesetzlichpolitische Gleichstellung der Magyaren sowie die Gewährung einer bescheidenen Kulturautonomie eingeleitet. Während sich bei der Volkszählung von 1950 nur noch 369 000 Menschen zur ungarischen Nationalität bekannten, waren es 1980 bereits 579 600. Doch zu einer echten „Wiedergutmachung“ oder einer fairen Auseinandersetzung mit der von Janics so eindringlich geschilderten unduldsamen Verdrängungspolitik den Magyaren gegenüber ist es auch in der föderalisierten ČSSR nicht gekommen.

Trotz des beklemmenden Inhalts weckt diese Studie zugleich Hoffnungen: daß nämlich ohne Haß, Vorurteile oder einseitiges Zuteilen von Schuld doch auch die schmerzhaften Ereignisse einer die Menschenrechte und -würde verletzenden Periode der jüngsten Vergangenheit wissenschaftlich überzeugend aufgearbeitet und zur Diskussion gestellt werden können. Es wäre daher zu begrüßen, wenn dieses in seinem Grundanliegen überzeugende Buch den Anstoß geben würde, die von Mitgliedern der „Charta 77“-Bewegung angestellten Überlegungen über die Berechtigung der Austreibung der Sudetendeutschen aufzugreifen und sine ira et studio,

sachlich und souverän, mit dem zeitlichen Abstand von 40 Jahren zu den bedauerlichen Vorgängen in einem neuen Anlauf dem Thema der Vertreibung der Deutschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

Zvara, Juray: Nationalitätenpolitik der ČSSR.

Verlag Orbis, Prag 1983, 114 S., DM 3,50.

Die Schrift bezweckt, „dem Leser Einblick in die Lösung der Nationalitätenfrage in der sozialistischen Tschechoslowakei zu vermitteln und ihn über die Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei zu unterrichten“. Der Verfasser unterscheidet zwei gleichberechtigte Nationen (Tschechen, Slowaken) und vier Nationalitäten (polnische, ungarische, deutsche und ukrainische). Eine Nation wird nach Auffassung des Verfassers bestimmt durch „sozial-ethnische Merkmale, die unter Einfluß spezifischer geographischer, historischer, politischer und wirtschaftlicher Bedingungen entstanden und bei jeder Nation einmalig sind“. Er spricht aber auch von einer „kapitalistischen Nation“, der — abgesehen von der ethnischen Einheit — zwei Nationen innewohnen: die Nation der Ausbeuter und die der Ausbeuteten. Nationalitäten sind seiner Ansicht nach „Gruppen, die freier und mit weniger Zusammenhalt als Nationen leben“, „Gruppen, die von der ursprünglichen Nation im Rahmen einer mehr oder weniger abweichenden sozial-politischen und kulturellen Struktur losgetrennt leben“.

Auf die Nationalitäten entfallen in der ČSSR 5,2 % der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Personen deutscher Nationalität betrug — nach der zitierten amtlichen Statistik — zum 1. November 1980 61 900, das sind 0,4 % der Gesamtbevölkerung, davon in der Tschechischen Republik 56 800 (0,6 %) und in der Slowakischen Republik 5100 (0,1 %). Dazu wird bemerkt: „Die deutsche Nationalität lebt verstreut. Lediglich in zwei Verwaltungskreisen erreicht ihre Konzentration mehr als 10 % (Komotau 10,3 %, Falkenau 25,3 %). Fast 50 % der ČSSR-Deutschen leben in Ortschaften, in denen sie weniger als 10 % der gesamten Bevölkerungszahl bilden. Nur in 21 Gemeinden stellen sie über die Hälfte der gesamten Bevölkerungszahl. Die Bevölkerung deutscher Nationalität besteht zu 83 % aus Arbeitern.“

Der Verfasser behandelt eingehend die Beziehungen zwischen der tschechischen und der slowakischen Nation. Er kritisiert die Bemühungen der ersten Republik um die Schaffung einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation und die Verhinderung der Eigenstaatlichkeit der slowakischen Nation. Er zitiert Masaryk, der in seinem Werke „Wege der Demokratie“ erklärte: „Es gibt keine slowakische Nation — das ist eine Erfindung der ungarischen Propaganda“. Nach 1945 und besonders nach der sozialistischen Revolution von 1948 haben sich — so der Verfasser — neue, demokratische Beziehungen zwischen der tschechischen und der slowakischen Nation